



PRESSEMITTEILUNG · Berlin, 27.04.2026 · Zur sofortigen Veröffentlichung

3.000 Kinder warten seit Jahren. Berlin tagt zum ersten Mal.

Zum Auftakt des Runden Tisches Nichtbeschulung am 27. April 2026 kündigt das Berliner Bündnis für schulische Inklusion eine Mahnwache an und macht die dokumentierten Erfahrungen betroffener Familien öffentlich.

Schätzungsweise 3.000 Kinder in Berlin können ihr Grundrecht auf Bildung nicht wahrnehmen. Sie werden nicht oder nur verkürzt beschult. Allein rund 600 davon haben den Förderschwerpunkt geistige Entwicklung oder Autismus, was etwa fünfzehn Prozent aller Kinder mit diesen Förderschwerpunkten entspricht. Die Daten sind seit der Veröffentlichung der Senatsumfrage im Jahr 2025 offiziell bekannt. Erhoben wurden sie bereits 2024. Wir begrüßen, dass die Daten erhoben wurden. Aber für 3.000 Kinder zählt nicht, wer die Zahlen kannte, sondern wer dafür gesorgt hat, dass sie zur Schule gehen können. Das steht noch aus.

Am Montag, dem 27. April 2026, findet der erste von drei Terminen des Runden Tisches zur Nichtbeschulung statt, angekündigt bereits im Frühjahr 2025, ein Jahr verzögert.

Für die betroffenen Familien und ihre Kinder bedeutete dieses Jahr: weiterwarten, weiterkämpfen, weiter ohne Schule.

Das Bündnis begrüßt, dass die Suche nach Lösungen endlich beginnt. Die Zusammensetzung des Runden Tisches wirft Fragen auf: Einladungen ergingen mit Fristen mitten in die Osterferien, die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen wurde nicht eingeladen, die Teilnahmekriterien bleiben intransparent. Das Bündnis befürchtet, dass Eltern als Anwält*innen und Expert*innen ihrer Kinder kaum vertreten sind und damit erneut Lösungen erarbeitet werden, ohne die Betroffenen einzubeziehen. Sie kennen die Probleme, Strukturen und Gründe für die Nichtbeschulung aus der Praxis und nicht nur aus der Akte.

Zum Auftakt des Runden Tisches wird das Bündnis mit einer angemeldeten Mahnwache vor Ort präsent sein. Solidarische Unterstützer*innen stehen dort für betroffene Familien. Die Familien selbst - viele von ihnen erschöpft nach jahrelangem Kampf, viele an ihre Kinder gebunden - müssen nicht vor Ort erscheinen. Ihre Geschichten sind trotzdem sichtbar. Parallel übergibt das Bündnis Berichte an den Runden Tisch. Ab dem 30. April 2026 werden die Geschichten auf einer eigens eingerichteten Webseite veröffentlicht.

Bekannte Rechtfertigungsmuster begleiten das Problem: Ressourcenmangel als Ausrede. Obwohl Grundrechte nicht unter Haushaltsvorbehalt stehen. Elternzustimmung unter Druck als „freie Wahl“. Förderschulen als Lösung. Obwohl mehr als zehn Prozent der Nichtbeschulungsfälle dort auftreten. Diese Muster dokumentiert das Bündnis in seinen „13 Irrtümern“.

Das Bündnis fordert, dass alle Beteiligten: Senat, Bezirke, Schulaufsichten, Schulämter, Gesundheitsversorgung, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe gemeinsam und ernsthaft daran arbeiten, dass betroffene Kinder mit individuell angemessenen Vorkehrungen beschult werden. **Nichtbeschulung ist ein Problem, das keine Legislatur lang vor sich hergeschoben werden darf.**

Mahnwache

Montag, 27. April 2026 · 16:00 Uhr
Fürstenbrunner Weg 22-30, 14059 Berlin
Angemeldete Versammlung

Kontakt für Rückfragen

Gesine Wulf
Berliner Bündnis für schulische Inklusion
info@buendnis-inklusion.berlin
XXXX XXX XXX X

Über das Berliner Bündnis für schulische Inklusion

Das Recht auf inklusive Bildung mit den individuell angemessenen Vorkehrungen soll in Berlin endlich überall umgesetzt werden. Im Bündnis arbeiten Menschen aus ganz unterschiedlichen Bereichen zusammen und möchten gemeinsam den dringenden Handlungsbedarf aufzeigen. Das Berliner Bündnis für schulische Inklusion wurde 2021 gegründet, ist Teil der bundesweiten Allianz Inklusive Bildung und vereint betroffene junge Menschen und ihre Familien, Therapeut*innen, Lehrpersonen, Organisationen und Verbände.